

VOLKSINITIATIVE: Ritter bezeichnet die Trinkwasser-Initiative als extrem und nicht umsetzbar

Trinkwasser-Initianten rudern zurück

Jetzt, wo es wahrscheinlich keinen Gegenorschlag gibt, relativieren die Initianten der Trinkwasser-Initiative ihren eigenen Initiativtext. Von den Biobauern eingesetzte Pestizide sollen ausgenommen werden.

DANIEL SALZMANN

Im Oktober 2017 hatte die Trinkwasser-Initiantin Franziska Herren in einer E-Mail direkt an den Schreibenden schriftlich festgehalten, dass auch die im Biolandbau eingesetzten Wirkstoffe Azadirachtin, Kupferhydroxyd, Pyrethrin, Quassiaextrakt, Parafinöl und Eisen(III)-Phosphat unter die Pestizide fallen, deren Einsatz sie mit dem Entzug sämtlicher Direktzahlungen und Investitionshilfen des Bundes bestrafen will. Zwar bezeichnete sie die Liste damals als provisorisch, doch von einer umfassenden Ausnahme der natürlichen, nicht chemisch-synthetischen Gifte war nirgendwo die Rede.

«Bio ist nicht betroffen»

Am Montagmittag in Bern, an einer öffentlichen Veranstaltung von agrarinfo.ch, tonte es ganz anders. Franziska Herren sagte wörtlich: «Die Initiative verwendet den Pestizidbegriff nach dem Pestizidreduktionsplan Schweiz und nicht nach dem in amtlichen Dokumenten oft verwendeten Begriff Pflanzenschutzmittel. Von der Initiative betroffen sind die chemisch-synthetischen Mittel, nicht jedoch die im Biolandbau eingesetzten Hilfsstoffe.» Jetzt sollen also die im Biolandbau eingesetzten, vom Forschungsinstitut für biologischen



Bauernverbandspräsident Markus Ritter argumentierte gegen Andreas Bosshard und Franziska Herren (v.l.). (Bild: sal)

Landbau (FiBL) in der Betriebsmittelliste 2017 wahlweise als «gewässergefährdend», «gesundheitsschädigend» oder «umweltgefährlich» bezeichneten Stoffe erlaubt sein für den Bezug der Direktzahlungen. Das widerspricht auch dem zitierten Pestizidbegriff im Pestizidreduktionsplan Schweiz von Autor Andreas Bosshard, der auf Seite 6 seines Berichts schreibt, dass «Pestizide» als Überbegriff für toxische chemische Substanzen verwendet werde. Bosshard schreibt ausdrücklich: «Pestizide können synthetischen oder natürlichen Ursprungs (z. B. Pyrethrum, Kupfer) sein.» Selbst Bosshard, der die Initianten fachlich begleitet, sagte in Bern: «Die Initiative ist völlig biokompatibel.»

«Futterzukauf erlaubt»

Auch bei der Futtervorgabe relativiert Herren den Initiativtext,

in dem es heisst, dass eine Bauernfamilie nur so viele Tiere halten dürfe, wie sie mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernähren könne (vgl. Kasten). Sonst gebe es keine Direktzahlungen. Jetzt aber sagt Herren: «Die Tiere sollen wieder dort leben, wo ihr Futter wächst. Weiterhin sollen die Bauern jedoch regional Futtermittel und Hofdünger gemeinsam nutzen sowie Betriebsgemeinschaften und Betriebszweiggemeinschaften bilden können.»

Ritter: «Es gilt der Text»

Bauernverbandspräsident Markus Ritter, der am Montag mit Herren auf einem Podium war, kommentierte diese Aussagen wie folgt: «Für mich die grösste Problematik ist, dass der Initiativtext nicht damit übereinstimmt, wie er jetzt von den Initianten selbst interpretiert wird.

Für uns im Parlament ist natürlich entscheidend, was im Initiativtext steht und was die über 100 000 Menschen unterschreiben haben. Ein Zurückrudern aufgrund eben erst festgestellter Mängel des Initiativtextes hat eben keine Verbindlichkeit, selbst, wenn es die Initianten hier tun möchten.» Unter den Begriff «Pestizide» fallen laut Ritter sowohl biologische als auch chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel. Die Futtervorgabe im Initiativtext würde bedeuten, dass er als Biobauer, der vom Nachbarn jeweils ein wenig Heu und Grassilage zukaufe, den ökologischen Leistungsnachweis nicht mehr erfüllen würde. Ritter sagte, er könne nachvollziehen, dass die Initianten jetzt relativieren. Denn die genannten Vorgaben, die auch die Biobauern träfen, seien natürlich Killerargumente gegen die Initiative.

INITIATIVTEXT

Bundesverfassung Art. 104 Abs. 1: Der Bund sorgt dafür, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur: a. sicheren Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser (...) Abs. 5: Er richtet die Massnahmen so aus, dass die Landwirtschaft ihre multifunktionalen Aufgaben erfüllt. Er hat insbesondere folgende Befugnisse und Aufgaben: a. Er ergänzt das bäuerliche Einkommen durch Direktzahlungen zur Erzielung eines angemessenen Entgelts für die erbrachten Leistungen, unter der Voraussetzung eines ökologischen Leistungsnachweises, der die Erhaltung der Biodiversität, eine pestizidfreie Produktion und einen Tierbestand, der mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann, umfasst. (...) g. Er schliesst Landwirtschaftsbetriebe von Direktzahlungen aus, die Antibiotika in der Tierhaltung prophylaktisch einsetzen oder deren Produktionssystem einen regelmässigen Einsatz von Antibiotika nötig macht. (...) sal

PODIUM: Ein Biobauer bekennt sich zur Trinkwasser-Initiative

Biowinzer Martin gegen Ritter

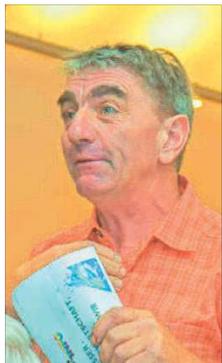
Bruno Martin aus Ligerz BE ist ein vehementer Befürworter der Trinkwasser-Initiative. Er kritisiert die Bauernverbände.

DANIEL SALZMANN

«Kollege Ritter. Ich bin Biobauer, habe 8 ha Weinbau, bin 28 Jahre Bio-Suisse-zertifiziert, bin demeter-zertifiziert, und möchte erklären, dass es nicht verwunderlich ist, dass so viele Initiativen gestartet werden.» Denn der Dialog, wie ihn «Herr Ritter» dargestellt habe, finde nur zu etwa 10% statt. So begann Biowinzer Bruno Martin aus Ligerz BE sein Forum aus dem Publikum, das am Montag in Berner Generationenhaus zu einem Podium über Gewässerschutz und Agrarpolitik zusammengekommen war.

«Initiative macht Druck»

Martin hielt fest: «Wenn man 40 Jahre mit Herbiziden Böden zerstört, deren Vielfalt und deren Rückhaltevermögen reduziert, dann betrifft es eben die Rolle des Bodens als Wasserfilter für das Trinkwasser. Dann braucht es diesen 30 Jahre Investition nur in diesen Böden.» Aber viele Investitionen seien stattdessen «in die Maschinen, in die Traktoren oder sonstwohin» gegangen. Als Umstellberater wisse er, dass man nach Jahrzehnten konventioneller Landwirtschaft kaum die Zeit und das Geld habe, um die Böden wiederherzustellen. Martin sagte weiter: «Wir haben viele Betrie-



Bruno Martin. (Bild: sal)

be, die jetzt schon besser arbeiten als die Trinkwasser-Initiative. Wir arbeiten auf grossen Flächen pestizid- und kupferfrei.» Doch der Bauernverband höre nicht zu, nehme die Bedenken nicht auf, sondern komme in eine Verteidigungsposition. «Darum unterstütze ich die Initiative vehement. Da bringen wir ein paar Steine ins Rollen. Ich bin sehr enttäuscht, dass ein Gegenorschlag vom Tisch ist.» Gesprächsleiter Hans Bieri hielt ihm entgegen, dass doch einige Prozesse in Gang seien, die man würdigen könnte. Martin erwiderte: «Nur weil man in die richtige Richtung läuft, ist man noch nicht am Ziel des Marathons.» In den vergangenen 28 Jahren sei fast gar nichts gegangen. «Es

braucht diese Initiative, damit man mehr Druck ausüben kann.»

«Das ist nicht intelligent»

Da schaltete sich der angesprochene Bauernverbandspräsident Markus Ritter ein und redete sich ziemlich in Rage: «Du bist Bioproduzent, ich bin Bioproduzent. Wir haben ungefähr einen Bioanteil beim Verkauf von 12%. Das ist gut, und der Anteil steigt. Diese Initiative geht noch weiter als der Bio-Knospe-Standard: Kupfer weg, Bio-Pestizide weitgehend weg, und auch im Biobetrieb kann kein Futter mehr zugekauft werden. Sag mir, sind die Schweizer Konsumenten bereit, diese Mehrpreise zu bezahlen? Wir müssen ja die Produkte nachher auch verkaufen können. Wenn wir jetzt solche staatlichen Regelungen einführen, machen wir doch den Biolandbau, alles, was wir damit aufgebaut haben, kaputt. Das ist doch nicht intelligent, das ist ideologisch!» Martin blieb ruhig und hielt fest, man habe jahrzehntelange Meinungen nicht aufgenommen, die man hätte aufnehmen müssen. «Darum verwundert es mich nicht, dass solche extremen Initiativen kommen. So extrem wie möglich, dann bewegen wir wenigstens etwas.» Da waren sie sich einig: Auch Ritter hatte die Initiative zuvor «extrem» genannt. Martin sprach noch die Antibiotika an. Wegen Resistenzen habe er eine Tochter im Alter von 18 Jahren verloren. Auch bei dem Thema sei die Landwirtschaft mitschuldig.

COOP-EIGENMARKEN

Keine separate Logistik für die Tierwohlmilch von Coop

Für konventionelle Milch nach den neuen Kriterien für die Coop-Eigenmarken wird mit einer Mengenbilanzierung gearbeitet.

DANIEL SALZMANN

Bei der Knospe-Bio-Milch gilt: Wer eine Literpackung kauft, ist sicher, dass Milch drin ist, die nach den Knospe-Standards erzeugt wird. Das wird bei den Coop-Eigenmarken für konventionelle Milch und dem neuen Standard «Raus plus BTS oder GMF» nicht der Fall sein, wie Coop auf Anfrage des «Schweizer Bauer» bekannt gibt. Stattdessen wird Coop mit einer sogenannten Mengenbilanzierung arbeiten, wie es auch das Fair-Trade-Label Max Havelaar mache. Natürlich hätte Coop die Milch nach ihren Kriterien am liebsten separat beschafft, heisst es coop-intern.

«Kosten wären sehr hoch»

Aber Coop-Sprecher Urs Meier begründet die Entscheidung wie folgt: «Durch eine Separierung der Milchmenge würden wir die Komplexität enorm erhöhen, sprich ein Grossteil des Mehretrages würde nicht zu den Bauern fließen, sondern müsste zur Deckung der Mehrkosten für die Separierung eingesetzt werden.» Das wolle Coop nicht. «Deshalb setzen wir auf die bestehende Logistik und erreichen damit, dass der Mehrerlös vollumfänglich zu

den Milchbauern gelangt», so Meier. Coop wird auf das Kilogramm genau wissen, wie viel Milch in den bereits entsprechend gekennzeichneten Eigenmarkenkanälen verkauft worden ist. Für genau so viele Kilogramm Milch wird Coop dann Bauern, welche die neuen Kriterien erfüllen, mit dem Bonus von 4 bzw. 6 Rp./kg belohnen. Die Lieferanten von Produkten, z. B. Emmi, werden eine Liste von Milchproduzenten führen. Zuoberst steht dort, wer auf die Anfrage von Emmi am schnellsten reagiert. In einer ersten Phase können dann vielleicht die ersten 100 Bauernfamilien auf dieser Liste auf ihrer Milchgeldabrechnung den separat ausgewiesenen Zuschlag von 4 bis 6 Rp./kg sehen. Wenn Coop das Sortiment schrittweise auf UHT-Milch, Rahm, Butter etc. erweitert, kommen dann vielleicht in einem weiteren Schritt die Ränge 101 bis 200 auf dieser Liste in den Genuss, dann die Ränge 201 bis 450 usw.

Coop kontrolliert

Coop hat die Lieferanten verpflichtet, die Gelder vollumfänglich weiterzugeben. Es werde ein monatliches Controlling geführt, Coop könne Einblick in diese Zahlen haben. «Der Mehrbetrag ist in den Milchgeldabrechnungen der Landwirte separat aufgeführt. Jeder teilnehmende Landwirtschaftsbetrieb wird auf einer Liste geführt und Coop gemeldet», schreibt Meier.

NACHRICHTEN

AP 22+ und freierer Handel jetzt getrennt

Der Bundesrat teilt mit, dass er, wie vom Nationalrat im Rahmen der Rückweisung der Gesamtschau am 4. Juni gewünscht, die AP 22+ und allfällige neue oder weiterentwickelte Handelsabkommen separat unterbreiten wird. Den Entscheid des Nationalrats deutet er aber so, dass «eine klare Mehrheit des Nationalrats in der Debatte vom 4. Juni zur Gesamtschau betont hatte, dass Freihandelsabkommen im gesamtwirtschaftlichen Interesse möglich sein müssen». Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann hatte gleichentags in der SRF-Sendung «10 vor 10» betont, dass sowohl die neue Agrarpolitik als auch die Freihandelspolitik nötig seien und «dass beides von den Bauern gewollt ist». Er liess durchblicken, dass er selbst weitere Freihandelsabkommen anstrebt. sal

AP 22+: Betrieb, Markt und Umwelt

Zur AP 22+ hält der Bundesrat folgende Leitlinien fest: «Im Bereich Betrieb sollen der unternehmerische Handlungsspielraum vergrössert, die agrarpolitischen Massnahmen vereinfacht und der administrative Aufwand reduziert werden.» Im Bereich Markt soll die Wertschöpfung durch eine konsistentere Auslobung der Qualitätsmerkmale (Differenzierung) erhöht werden. Stützungsmaßnahmen, «welche die Ausrichtung der Land- und Ernährungswirtschaft auf den Markt behindern», werden zur Abschaffung empfohlen. Drittens soll die Umweltbelastung verringert, d.h. der ökologische Fussabdruck, reduziert werden mittels ressourceneffizienten Methoden und neuen Technologien. sal

Hobbygärtnern die Pestizide verbieten



Nationalrätin Maya Graf (Grüne, BL) nimmt die Pestizide ins Visier, die von Hobbygärtnern ausgebracht werden.

Das seien 5% bis 10% der jährlich verkauften Pestizide, was 110 bis 220 Tonnen teilweise hochgiftigen Wirkstoffen entsprechen. In einer im März eingereichten Motion fordert sie: «Der Bundesrat wird aufgefordert, den Verkauf von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln für die nichtberufliche Verwendung zu verbieten. Die Pflanzenschutzmittel, die zum Verkauf an Hobby-Anwender zugelassen bleiben, sind auf einer Positivliste aufzuführen.» sal

Kein baldiger Vertrag mit Mercosurstaaten

Der Vorsitzende des Ausschusses für internationalen Handel im Europäischen Parlament, Bernd Lange, rechnet nicht damit, dass das EU-Handelsabkommen mit den vier südamerikanischen Mercosur-Staaten bis Mitte 2019 unterzeichnet werden kann. Es gebe noch mehrere offene Punkte, z. B. zu geschützten geografischen Herkunftsbezeichnungen und zu Importzöllen für Autos. Ausserdem geht er davon aus, dass die europäischen Rindfleischproduzenten gegen die von der EU-Kommission angepeilte zollfreie Importquote von 100 000 t Rindfleisch pro Jahr Sturm laufen. AgE